

0629

An die  
Vorsitzende des Ausschusses für Kulturelle Angelegenheiten  
über  
den Vorsitzenden des Hauptausschusses  
über  
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

**Kapitel – 0840 Landesdenkmalamt**  
**Titel – ohne (Hohenzollerngruft)**

**Drucksache Nr. 18/0500**  
**Rote Nummer: 0500**  
**Kult: 0060**

**Vorgang:** 9. Sitzung des Ausschusses für Kulturelle Angelegenheiten  
vom 04.09.2017

**Ansätze (tabellarisch) zu allen thematisierten Titeln, und zwar für das**

abgelaufene Haushaltsjahr (1213/68569):	35.000,00€
laufende Haushaltsjahr (0840/68569):	35.000,00€
kommende Haushaltsjahr (geplant):	35.000,00€
Ist des abgelaufenen Haushaltsjahres:	€
Verfügungsbeschränkungen:	€
aktuelles Ist:	€

**Gesamtkosten:** €

\*Aus technischen Gründen lassen sich infolge der unterschiedlichen Teilansätze die Ist-Zahlen nicht herleiten.

Der Ausschuss für Kulturelle Angelegenheiten hat in seiner oben bezeichneten Sitzung Folgendes beschlossen:

a) Inwiefern gedenkt der Senat die Sanierung und Weiterentwicklung der Hohenzollerngruft in einer historisch und konservatorisch verantwortungsvollen Weise zu gewährleisten?

b) Welche Mittel sind dazu wo im Haushaltsplanen in den Jahren 2018 und 2019 vorgesehen?

Ich bitte, den Beschluss damit als erledigt anzusehen.

Hierzu wird berichtet:

Bei den vom Dom projektierten Plänen für eine Umgestaltung der Gruft handelt es sich nicht um konservatorische Maßnahmen, sondern um Eingriffe in das Denkmal, die hingenommen werden. Es geht um Neubauten von Sanitäranlagen für Besucherinnen und Besucher, Modernisierungen und Einbauten zur Verbesserung der touristischen Nutzung. Das Landesdenkmalamt Berlin begleitet sämtliche Maßnahmen am Denkmal Berliner Dom konservatorisch und berät fachlich. Die notwendigen baulichen Eingriffe zur Herstellung von Barrierefreiheit der Gruft, des Cafés und des Foyers sind denkmalverträglich umsetzbar.

Da es sich in der Gruft um Neubaumaßnahmen und nicht um denkmalbedingte Mehrkosten handelt, sind aus dem Haushalt keine Denkmalfördermittel des Landesdenkmalamts (LDA) aus Kapitel 0841 vorgesehen. Derzeit wird geprüft, inwieweit GRW-Mittel zur Finanzierung der Infrastrukturmaßnahmen für den Umbau der Gruft eingesetzt werden können. Hierzu ist eine Absprache mit dem Bund notwendig, die noch aussteht.

Der Bund hat im Haushaltsplan 2017 in den Einzelplan 04 (Geschäftsbereich Bundeskanzleramt/die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien) eine Ausgabeermächtigung in Höhe von 8,65 Millionen Euro für den Berliner Dom eingestellt. Der Titel hat die Zweckbestimmung „Zuschüsse für investive Kulturmaßnahmen bei Einrichtungen in Inland“ und bedarf einer angemessenen Mitfinanzierung. Die Verpflichtungsermächtigung des Bundes gilt für die Jahre 2017 bis 2021.

Das Projekt Sanierung und Weiterentwicklung der Hohenzollerngruft hat einen Finanzbedarf von netto 17,295 Millionen Euro. Der zeitliche Rahmen der Baumaßnahme erstreckt sich ebenfalls über die Jahre 2017 bis 2021. Bauherr ist die Oberpfarr- und Domkirche zu Berlin (Berliner Dom).

Zwischen dem Land Berlin (Senatsverwaltung für Kultur und Europa), dem Dom (Eigenanteil von 10 Prozent) und der Beauftragten für Kultur und Medien (BKM) finden Gespräche über die Beteiligung an der Gesamtfinanzierung statt.

Das Land Berlin fördert aktuell komplementär zum Bund eine dringend notwendige Instandsetzung der Uferpromenade, um diese statisch zu sichern und um Feuchteschäden im Sockelgeschoss des Berliner Doms wirksam zu begegnen. Diese Maßnahme dient der Sanierung und dem nachhaltigen Erhalt des Bauwerks. Des Weiteren hat das Landesdenkmalamt Berlin mit der Förderung und fachlichen Betreuung eines Denkmalpflegeplans für das Innere des Berliner Doms vorsorglich die erforderlichen Grundlagen für einen konservatorisch verantwortungsvollen Umgang mit der Denkmalsubstanz geschaffen.

In Vertretung

Gerry Woop  
Senatsverwaltung für Kultur und Europa